Ausbildungskonsens: Keine Berufliche Orientierung auf Kosten von Fachunterricht

Düsseldorf, 3. November 2026. Der nordrhein-westfälische Philologenverband (PhV NRW) begrüßt den heute vorgestellten Ausbildungskonsens‘ Nordrhein-Westfalen, warnt aber vor weiterem Unterrichtsausfall. „Wir fragen uns, wo die verbindliche Stunde pro Woche herkommen soll, die für die Berufliche Orientierung in den Klassen 8, 9 und 10 vorgesehen ist“, sagt die PhV-Landesvorsitzende Sabine Mistler. „Wenn die Berufsorientierung wie geplant in die Schule verlegt wird, darf dafür kein Unterricht ausfallen.“ Für den Philologenverband steht fest, dass die Beschäftigung mit künftigen Berufen, Ausbildungs- oder Studienwegen nicht zulasten der Fachlichkeit gehen darf. Mistler betont: „Wir können auf Fachunterricht nicht verzichten!“

Zudem stellt sich für den PhV die Frage, woher angesichts der allgemeinen Lehrkräfteknappheit und der zusätzlichen Aufgaben im Rahmen vielfältiger Reformen, für die Gymnasien und die Gesamtschulen explizit die große Reform der Oberstufe, die Ressourcen für die Gestaltung der zusätzlichen Stunde oder auch die geplante Elternberatung und anderer noch vage beschriebenen Vorhaben in der Sekundarstufe I kommen sollen. „Nach der Umstellung von G8 auf G9 und der kommenden großen Oberstufenreform stehen nun schon wieder Veränderungen an. Unsere Kolleginnen und Kollegen fehlt jetzt schon die Zeit für ihre pädagogische Arbeit und Unterricht“, warnt Sabine Mistler. „Wir sind angesichts der praktischen Umsetzung der neuen Beruflichen Orientierung sehr skeptisch.“

Grundsätzlich hinterfragt der Philologenverband zudem, ob Berufsorientierung an allen Schulformen in gleicher Weise ausgestaltet werden muss. Nur ein sehr geringer Teil der Schülerinnen und Schüler verlässt das Gymnasium nach der 10. Klasse. „Deshalb sollte Berufsorientierung dort nicht verstärkt in der Sekundarstufe I stattfinden“, erklärt Mistler. „Sie muss den unterschiedlichen Bildungszielen der einzelnen Schulformen Rechnung tragen. Ungleiches darf nicht um jeden Preis gleichbehandelt werden.“ Das Konzept sollte schulformspezifische, passgenaue Lösungen ermöglichen, anstatt alle Schulformen in ein Schema zu zwingen.

20261103_PM_BO